

Einzelabruf (Bezug der OZG-Verwaltungsleistung „Pflegewohngeld“) zur Rahmenvereinbarung zur Nachnutzung von OZG-Verwaltungsleistungen über den Kommunalvertreter NRW, Vertragsnummer: 094-25-074 (Stand: 17.07.2025)

**Bezug einer OZG-Verwaltungsleistung
als Anlage zur Rahmenvereinbarung zur Nachnutzung von OZG-Verwaltungsleistungen über den Kommunalvertreter.NRW**

Kommune xxx

Anschrift xxx

– im Folgenden der „**Leistungsbezieher**“ –

bezieht über

die **d-NRW AöR**,
als Kommunalvertreter für das Land Nordrhein-Westfalen

– im Folgenden der „**Kommunalvertreter**“ –

die OZG-Verwaltungsleistung

Pflegewohngeld

§ 1

Gegenstand des Bezugs

1. Der Leistungsbezieher bezieht die OZG-Verwaltungsleistung

„Pfleghohngeld (OZG-ID: 10224)“

(im Folgenden: „**OZG-Verwaltungsleistung**“).

2. Der Bezug erfolgt auf Basis der Regelungen der zwischen Leistungsbezieher und Kommunalvertreter geschlossenen Rahmenvereinbarung vom XX.XX.XXXX.
3. Die Nachnutzung soll ab dem <Datum durch Leistungsbezieher einzutragen> erfolgen.

§ 2

Dienstinformationen

1. Leistungsgegenstand dieses Einzelabrufs ist die Bereitstellung des Online-Dienstes „Pfleghohngeld“. Details zum Dienst sind der beigefügten Leistungsbeschreibung zu entnehmen.
2. Der Kommunalvertreter stellt den technischen Dienst zur OZG-Leistung zur Nachnutzung gemäß Rahmenvereinbarung § 3 bereit.
3. Für den Betrieb, die Wartung und die Pflege des Dienstes „Pfleghohngeld“ bedient sich der Kommunalvertreter der IT.NRW (Landesbetrieb Information und Technik Nordrhein-Westfalen) und ggf. weiterer Auftragnehmer.

3.1 Der Dienst wird auf der Produktionsumgebung der bundesweiten Sozialplattform angeboten. Die Sozialplattform basiert auf der Portalinfrastruktur „Blaupause Serviceportal.NRW“. Diese Infrastruktur stellt die Basis für die Implementierung von OZG-Portalen im hohen Schutzbedarf dar. Dieser Dienst wird über eine funktionierende Internetverbindung im Browser den Bürgerinnen und Bürgern zur Verfügung gestellt. Die Verantwortung des Auftragnehmers endet am Leistungsübergabepunkt. Dies ist die Versendung einer mit dem Zertifikat der antragsbearbeitenden Behörde als verschlüsselte XÖV Datei, inkl. einer lesbaren PDF-Datei an den OSCI-Intermediär des Landes der antragsbearbeitenden Behörde.

3.2 Der Dienst „Pfleghohngeld“ ermöglicht Bürgerinnen und Bürgern in Deutschland das Stellen von Anträgen gemäß der enthaltenen Antragsstrecken in digitaler Form.

3.3 Der Dienst verfügt über eine Weboberfläche zur Eingabe der entsprechenden Antragsdaten und der Möglichkeit, dem Antrag diverse Nachweise beizufügen. Die Sozialplattform überführt die Antragsdaten in eine XSozial konforme Antragsdatei und versendet diese (gem. EfA-Mindestkriterien) mit dem Zertifikat der antragsbearbeitenden Behörde verschlüsselte XÖV Datei, inkl. einer lesbaren PDF-Datei an den OSCI-Intermediär des Landes der antragsbearbeitenden Behörde. Bürgerinnen und Bürger benötigen für die Nutzung des Online-Dienstes ein Nutzerkonto.

3.4 Folgende Leistungsbausteine werden vom Dienst „Pfleghohngeld“ genutzt: BundID, Sozialplattform inkl. ZDI zum Versand der Nachrichten an den OSCI Intermediär der Länder.

§ 3 Support

Zu dem im Rahmenvertrag § 3 Absatz III definierten Support für den Leistungsbezieher wird in der Betriebsphase ein zusätzlicher First-Level-Support für die Bürger:innen sowie Kommunen und IT-Dienstleister in den Zeiten Mo-Fr von 08:00 bis 18:00 Uhr unter der Telefonnummer 0211 837-1955 angeboten.

Für den technischen Support steht dem Leistungsbezieher im Rahmen der Anbindungsphase das Anbindungsteam der Sozialplattform unter anbindung@sozialplattform.info zur Verfügung.

§ 4 Kosten

Die Kosten für die Nachnutzung des Online-Dienstes „Pfleghohngeld“ werden landesseitig durch das für „Pfleghohngeld“ zuständige Ministerium getragen. Es wird keine Rückforderung der Kosten geben, die bis zum 31.12.2025 entstehen.

Eine dauerhafte Nutzung des Online-Dienstes „Pfleghohngeld“ durch den Leistungsbezieher kann für den Zeitraum nach dem 31.12.2025 von einer Beteiligung des Leistungsbeziehers an den Kosten abhängig gemacht werden. d-NRW wird rechtzeitig vor dem vorstehend genannten Datum und danach in durch d-NRW festzulegenden Zeitabständen jeweils eine Berechnung des durch den Leistungsbezieher zu erstattenden Kostenanteils während des jeweils nachfolgenden Nachnutzungszeitraums erstellen und dem Leistungsbezieher mitteilen.

Das MAGS NRW plant eine dauerhafte Finanzierung der Nachnutzungskosten der Sozialplattform für Kommunen, zugelassene kommunale Träger (zKT) und relevante Beratungsstellen in Nordrhein-Westfalen. Die Finanzierung steht jedoch immer unter dem Vorhalt der Verabschiedung des Landeshaushaltes des entsprechenden Haushaltsjahres.

§ 5 Laufzeit und Kündigung

1. Dieser Einzelabruf gilt auf unbestimmte Zeit.
2. Beide Vertragspartner können den Einzelabruf unter Einhaltung einer Frist von sechs Monaten zum Ende eines Nachnutzungszeitraums (Kalenderjahr) kündigen.
3. Weist d-NRW dem Leistungsbezieher gem. § 4 für den nachfolgenden Nachnutzungszeitraum höhere zu erstattende Kosten als im laufenden Nachnutzungszeitraum aus (im Verhältnis zur jeweils vereinbarten Bezugsgröße wie Zeitraum, Anzahl Anträge, o.ä.), kann der Leistungsbezieher den Einzelabruf zum Ende des laufenden Nachnutzungszeitraums kündigen. Die Kündigungserklärung muss d-NRW spätestens 2 Monate nach Zugang der Mitteilung über die Höhe des zu erstattenden Kostenanteils zugehen.
4. Beide Vertragspartner haben das Recht zur außerordentlichen Kündigung aus wichtigem Grund.

§ 6 Datenschutzrechtliche Sonderregelung Pfleghohngeld

Die in der Rahmenvereinbarung unter §6 vereinbarten datenschutzrechtlichen Regelungen werden für den Onlinedienst Pfleghohngeld durch die folgenden Regelungen ersetzt:

1. Datenschutzrechtlich verantwortliche Stelle (Art. 4 Nr. 7 DSGVO) für die Verarbeitung der antragsbezogenen Daten im Onlinedienst ist das MAGS NRW als betreibende Behörde. Die datenschutzrechtliche Verantwortlichkeit der zuständigen Stelle, an die zum Zwecke der Durchführung des Verfahrens personenbezogene Daten übermittelt werden, bleibt unberührt.
2. Die über den Antragsdienst erhobenen Daten werden zu folgenden Zwecken verarbeitet:

Unterstützung bei der Durchführung des Verfahrens zur Entscheidung über den Anspruch auf Pflegewohngeld, Zwischenspeicherung der Anträge im Verfahren Pflege- wohngeld, Offenlegung der Daten aus dem Antrag an die jeweils zuständige Stelle für das Verwaltungsverfahren sowie Übermittlung von elektronischen Dokumenten zu Verwaltungsvorgängen an die Antragstellerin oder den Antragsteller und gegebenenfalls deren Vertreterin oder Vertreter. Die Verarbeitung auf der Sozialplattform durch das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (MAGS NRW) sowie dessen Auftragsverarbeiter erfolgt als Verantwortlicher i.S.d. Art. 6 Abs. 1 lit. c), Art. 9 Abs. 2 lit. c) und h) DSGVO i.V.m. § 34 Abs. 3 APG DVO NRW i.V.m. § 3 DSG NRW.
3. Bei Verarbeitungstätigkeiten, die durch einen Dienstleister (sogenannte Auftragsverarbeiter) im Auftrag gemäß Art. 28 DSGVO durchgeführt werden, ist zu gewährleisten, dass die Dienstleister ihre Aufgaben gemäß den Weisungen des Verantwortlichen datenschutzkonform erfüllen. Die Onlinedienst betreibende Behörde setzt für den Betrieb der IT-Infrastruktur der OZG-Verwaltungsleistung ggf. Dienstleister als Auftragsverarbeiter ein.
4. Der Kommunalvertreter fungiert lediglich als koordinierende Stelle und verarbeitet selbst keine personenbezogenen Daten. Der Abschluss eines Auftragsverarbeitungsvertrags ist auf Grund der getrennten datenschutzrechtlichen Verantwortung der Onlinedienst betreibenden Behörde und der für das Verwaltungsverfahren „Pflegewohngeld“ zuständigen Fachbehörde nicht notwendig.

§ 7

Anlagen zu diesem Einzelabruf

Die Anlage 1 (Leistungsbeschreibung) ist ein fester Bestandteil dieses Einzelabrufes und wird mit Abschluss dieser Einzelvereinbarung ausdrücklich als Einzelabruf-Bestandteil mit einbezogen.

Anlagen als Vertragsbestandteile:

- Anlage 1: Leistungsbeschreibung (inkl. Auflistung der LeiKa-Leistungen und Beschreibung des Online-Dienstes)
- Anlage 2: Anbindung zuständige Stelle

Kommune xxx

Kommunalvertreter

Fachliche Ansprechperson (E-Mail-Kontakt)

Datenschutzbeauftragte*r (E-Mail-Kontakt)

Ort, Datum

Unterschrift

(Auftraggeber,
Leistungsbezieher)

Dortmund, den _____

Ort, Datum

Unterschrift

(Auftragnehmer,
Leistungserbringer)